



Drucksache 069/2023

Verfasser: Marcello Lallo
Telefon: 07159/924-127
Aktenzeichen: 112.00
Datum: 19.04.2023

Beratungsfolge	Behandlung	am	Zuständigkeit
Ausschuss Planen - Technik - Bauen Gemeinderat	öffentlich öffentlich	10.05.2023 22.05.2023	Vorberatung Beschlussfassung

Beitritt zur Städteinitiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten,,

Positionspapier Städteinitiative lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten

Beschlussvorschlag:

Der Beitritt zur Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ wird beschlossen.

gez.
Wolfgang Faißt
Bürgermeister

Sachdarstellung:

Lebendige, attraktive Städte brauchen lebenswerte öffentliche Räume. Gerade die Straßen und Plätze mit ihren vielfältigen Funktionen sind das Gesicht und Rückgrat der Städte. Sie prägen Lebensqualität und Urbanität. Sie beeinflussen ganz entscheidend, ob Menschen gerne in ihrer Stadt leben.

Ein wesentliches Instrument zum Erreichen dieses Ziels ist ein stadt- und umweltverträgliches Geschwindigkeitsniveau im Kfz-Verkehr - auch auf den Hauptverkehrsstraßen.

ABER: Bei der Anordnung von Höchstgeschwindigkeiten sind den Städten und Kommunen viel zu enge Grenzen gesetzt. Die im Juli 2021 von den Städten Aachen, Augsburg, Freiburg, Hannover, Leipzig, Münster und Ulm gegründete Initiative setzt sich deshalb gegenüber dem Bund dafür ein, dass die Kommunen selbst darüber entscheiden dürfen, wann und wo welche Geschwindigkeiten angeordnet werden – zielgerichtet, flexibel und ortsbezogen - Genau so, wie es die Menschen vor Ort brauchen und wollen!

In Renningen sind zwar fast alle Straßen mit Tempo 30 versehen, aber dennoch macht es Sinn sich der Initiative von derzeit rund 640 Kommunen anzuschließen, um den Druck gegenüber dem Bund zu erhöhen.

Das Positionspapier der Initiative ist als Anlage beigefügt.

Die Stadt Renningen würde mit einem Beitritt auch folgendes erklären:

1. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem Ziel, die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen.
2. Wir sehen Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr auch auf Hauptverkehrsstraßen als integrierten Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen Mobilitätskonzepts und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume.
3. Wir fordern den Bund auf, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Kommunen im Sinne der Resolution des Deutschen Bundestags vom 17.01.2020 ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten.
4. Wir begrüßen ein vom Bund gefördertes begleitendes Modellvorhaben, das wichtige Einzelaspekte im Zusammenhang mit dieser Neureglung vertieft untersuchen soll (u. a. zu den Auswirkungen auf den ÖPNV, zur Radverkehrssicherheit und zu den Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz), um ggf. bei den Regelungen bzw. deren Anwendung nachsteuern zu können.

Fragen und Antworten zur Initiative finden Sie hier:

<https://www.lebenswerte-staedte.de/faq-static.html>

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

gez.
Marcello Lallo
Leitung Fachbereich 1
-Bürger und Recht-